Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Dr. Martin Brunnhuber
Abg. Jörg Baumann
Abg. Tim Pargent
Abg. Felix Locke
Abg. Christiane Feichtmeier
Abg. Alfred Grob
Abg. Volkmar Halbleib
Staatsminister Albert Füracker

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Keine finanzpolitischen Experimente, keine verdeckten Gehaltskürzungen - ein klares NEIN zur Sozialversicherungspflicht für Beamte (Drs. 19/12545)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir führen diese Debatte über die vermeintlichen Privilegien der Beamten wirklich jedes Jahr. Das kommt andauernd wieder. Diese Debatte wird jetzt noch einmal verschärft und man fragt: Wen wollen wir denn zur Kasse bitten, und wo können wir denn Geld in unser Sozialsystem einfließen lassen? – Dafür sollen jetzt wieder die Beamten herhalten.

Es geht mir nicht um Bauchgefühle oder um eine subjektive Wertschätzung, sondern es ist eine wirkliche Wertschätzung unserer Beamten, wenn ich sage: Wir brauchen unsere bayerischen Beamten und sie leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb wollen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag einfach einmal die Fakten auf den Tisch legen und eben nicht im subjektiven Bauchgefühl verbleiben. Die Fakten sollen eine klare Botschaft senden: Wir stehen zu unseren Beamtinnen und Beamten und wir stehen zum Berufsbeamtentum. Wir wollen Verlässlichkeit und keine Verunsicherung, meine Damen und Herren.

Die Bedeutung der Beamten kann man gar nicht hoch genug schätzen. Wir schätzen es sehr, wenn wir am Hauptbahnhof in München unterwegs sind und eine Streife sehen. Das gibt uns ein Gefühl der Sicherheit. Wir brauchen die Polizei, und wir wollen in der Schule gut ausgebildete Lehrkräfte haben, die vor der Klasse wirklich ihr Bestes geben. Genau das Gleiche gilt für die Justiz, die Finanzverwaltung und die innere Verwaltung. Wir garantieren für Sicherheit, Bildung und dass der Rechtsstaat auch wirklich so funktioniert, wie wir ihn uns vorstellen.

Unsere Beamten sind also das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Der Beamtenstatus ist ein Geben und ein Nehmen. Beamten übernehmen besondere Pflichten. Dazu gehören das Streikverbot, die besondere Treuepflicht und die Versetzbarkeit innerhalb Bayerns. Die Dienstpflicht in Krisen hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir auf einen starken öffentlichen Dienst und eine starke Beamtenschaft zurückgreifen können. Mit dieser besonderen Bindung an den Staat darf man nicht leichtfertig umgehen. Wir müssen sie vielmehr dahingehend stärken, dass wir eine klare Botschaft senden und ein klares Zeichen für unser Beamtentum setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dazu gehört, dass der Staat eine besondere Verantwortung für seine Beamten übernimmt. Es gelten die Prinzipien der Fürsorgepflicht, der Alimentation und die Versorgungssicherheit. Meine Damen und Herren, das ist auch im Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes geregelt, in dem es heißt: Der Dienstherr ist verpflichtet, Beamte und ihre Familien lebenslang angemessen zu alimentieren. – Uns ist wichtig, dass wir eine auskömmliche Alimentation bieten. Dazu gehören auch Sicherheit und Planungssicherheit für die Zukunft.

Oft wird bei den Beamten nur über die vermeintlichen Vorteile gesprochen. Aber dass sie einen erheblichen Einsatz und individuelle Einschränkungen für diesen Status in Kauf nehmen, darüber wird nicht gesprochen. Klar ist: Eine Verpflichtung, in die Sozialversicherung, also in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversiche-

rung einzuzahlen, würde zu einer faktischen Bezügekürzung unserer Beamtinnen und Beamten führen. Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ich möchte ein Beispiel nennen: Gerade in den mittleren Besoldungsgruppen – bei der Polizei, den Lehrern oder den Finanz- und Justizbeamten – würde dies zu einer hohen dreistelligen Summe führen, die jeden Monat im Geldbeutel fehlt. Das nennt die Opposition Wertschätzung? – Ich kann das nicht verstehen. Wertschätzung sieht für mich anders aus. Meine Damen und Herren, Wertschätzung heißt, dass am Ende des Monats genug Geld im Geldbeutel übrig bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das Wichtigste ist aber nicht einmal, dass Geld im Geldbeutel übrig bleibt. Das Wichtigste ist Vertrauen. Wir müssen unserer Beamtenschaft Vertrauen entgegenbringen und dürfen dieses Vertrauen nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen. Die Beamten haben ihre Lebensplanung auf der Grundlage der geltenden Regeln ausgerichtet. Sie haben diese Berufswahl ganz bewusst getroffen, mit allen Einschränkungen, ohne Wenn und Aber, sei es bei der Polizei, in der Finanzverwaltung, an unseren Schulen oder in der Justiz.

Meine Damen und Herren, dieses Vertrauen bedingt aber auch, dass wir als Freistaat Verlässlichkeit bieten. Wir dürfen nicht je nach Finanzlage in der Bundeskasse immer wieder über einen Systemwechsel nachdenken und damit Unruhe in unserem Beamtentum stiften. Die finanzielle Realität sieht nämlich keine kurzfristigen Einsparungen vor, sondern soll langfristige, planbare und seriöse Grundlagen bieten, damit Menschen in das lebenslange Beamtentum einsteigen.

Was durch diese Diskussion hinzukommt, ist der enorme Konkurrenzdruck aus der freien Wirtschaft. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere Sicherheit und die Wert-

schätzung, die wir den Beamten gegenüber zeigen, nicht durch solche kurzfristigen vermeintlichen Einsparungen aufs Spiel setzen. Wir brauchen starke Köpfe und starke Mitarbeiter für einen starken öffentlichen Dienst. Meine Damen und Herren, deshalb ist es wichtig, dass wir heute das folgende Signal setzen: Wir brauchen eine amtsangemessene Alimentation, attraktive Arbeitsbedingungen und eine moderne Personalpolitik, kombiniert mit einer sinnvollen Digitalisierung und einer leistungsfähigen Verwaltung.

Ich komme zum Schluss. Beamte brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit und verdienen vor allem Respekt für ihren Dienst. Wir stehen deshalb zu unseren Beamtinnen und Beamten. Wir stehen zum Alimentationsprinzip. Wir sorgen für Konstanz und Ruhe in dieser Debatte. Finger weg von irgendwelchen kurzfristigen Spielchen mit unseren bayerischen Beamtinnen und Beamten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brunnhuber. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Die FREIEN WÄHLER und die CSU stellen einen Dringlichkeitsantrag, um den Beamten zu zeigen: Wir stehen hinter euch. Liebe Regierungsparteien, das Heranwanzen an unsere Beamten führt fast zu ein wenig Fremdscham. Der Zug ist nach der Aussetzung des Tarifvertrags abgefahren. Sie können jetzt nichts mehr machen, egal wie unglaubwürdig Sie auftreten.

(Beifall bei der AfD)

Der Lösungsansatz ist doch ein anderer. Jetzt wird es ein wenig technisch: Gerade weil wir die Handlungsfähigkeit des Staates und die Stabilität unserer Haushalte vor disruptiven Eingriffen schützen müssen, sind wir in der Pflicht, die strukturellen

Parameter unseres eigenen Dienst- und Haushaltsrechts proaktiv und zukunftssicher aufzustellen. Wenn wir die Alimentation dort sichern wollen, wo sie staatstragend ist, müssen wir die institutionellen Weichen jetzt richtig stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir vor: Zur Gewährleistung einer prospektiven fiskalischen Resilienz sowie unter simultaner Berücksichtigung einer strikt teleologischen – also zielgerichteten – und restriktiven Reduktion des verfassungsrechtlichen Funktionsvorbehalts gemäß Artikel 33 des Grundgesetzes ist eine systemimmanente Restrukturierung des öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses dahingehend zu exekutieren, dass der Statusbezug der Lebenszeitverbeamtung exklusiv an das Kriterium der unmittelbaren, physisch-exekutiven Staatsgewalt gekoppelt wird. Das heißt auf gut Deutsch: Wir wollen weniger Beamte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war jetzt die KI!)

– Wie bitte? Ja, ja. Man lernt ja dazu, oder? – Aber ich erkläre es noch einmal in einfacher Sprache, damit Sie es auch verstehen.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie müssen es selbst erst einmal verstehen! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Hierdurch wird das fiskaladministrative sowie das edukativ-strukturelle Segment – damit Sie es verstehen: die Lehre – in substanziellen und unumkehrbaren Substitutionen durch privatrechtlich kollektiv-vertragliche Beschäftigungsverhältnisse im Modus der Tarifautonomie tatbestandlich präfiguriert.

Aber das ist noch nicht alles. Die AfD geht noch einen Schritt weiter: Zur Vermeidung künftiger haushalterischer Eventualitätsverbindlichkeiten und im Sinne einer intergenerationellen Gerechtigkeit bei der Allokation – also Verteilung – öffentlicher Mittel ist parallel dazu die Etablierung einer zweckgebundenen, rechtlich selbstständigen Kapitalreserve zur marktkonformen Ausfinanzierung der verbliebenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge zu initiieren, wodurch über eine prospektive Entlastung der konsumtiven Staatsausgaben eine nachhaltige Neutralisierung der steuerlichen Belastungsmargen

für den Bürger strukturell präfiguriert wird. –Bevor Sie jetzt fragen, stelle ich klar: Wir meinen einen Pensionsfonds.

(Christiane Feichtmeier (SPD): Ah!)

Aus diesen Gründen können wir dem Antrag weder zustimmen noch ihn in Gänze ablehnen. Die AfD-Fraktion enthält sich und verweist auf die eigenen soeben eingebrachten Lösungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Die AfD verweist auf die KI, weil die KI ihre Rede geschrieben hat!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren über einen Dringlichkeitsantrag, der sich, ich sage mal, zu einer bundespolitisch geführten Debatte äußert. Ich stelle jedenfalls für den Moment einmal fest, dass es den FREIEN WÄHLERN nicht gelungen ist, eine eigene politische Initiative oder irgendein eigenes schwerwiegendes politisches Projekt in einen Dringlichkeitsantrag zu gießen. Stattdessen offenbaren Sie eine gewisse inhaltliche Entleerung, wenn Sie sich zu aktuellen bundespolitischen Themen äußern müssen. An sich sind wir das ja gewohnt. Das ist auch okay. Das geschieht ja öfter. Früher waren es aber immerhin Gesetzesvorhaben, die den Anstoß gegeben haben. Jetzt ist es eine Äußerung einer Bundesministerin, die Sie zum Anlass nehmen, diesen Antrag zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das ist ein Aufreger, der sich aus unserer Sicht in weiten Teilen eigentlich schon dadurch erledigt hat, dass – zu Recht, wie ich finde – die Rentenkommission davon Abstand genommen hat und diesen Vorschlag auch nicht unterbreitet, die Beamten in die gesetzliche Rente einzubeziehen. Warum? – Das kann man dort gut nachlesen;

die Gründe sind da durchaus stichhaltig festgehalten –: weil es aktuell nichts bringt und nichts hilft und das in vielen Teilen rechtliche Schwierigkeiten nach sich zöge.

Es stellt sich aber dennoch die Frage, warum Sie diesen Antrag hier einbringen. Aus unserer Sicht ist es ein ausgesprochen kläglicher Versuch, den die FREIEN WÄHLER hier unternehmen, das völlig zerrissene Tischtuch zwischen der Staatsregierung und den Regierungsfraktionen einerseits sowie den Beamten in Bayern andererseits wieder notdürftig zu flicken; denn es waren ja Sie, die die Tarifanpassung, die Übernahme des Tarifabschlusses für die bayerischen Beamtinnen und Beamten entgegen Ihres eigenen Koalitionsvertrags jetzt um ein halbes Jahr verschieben.

(Michael Hofmann (CSU): Das stimmt so nicht! Im Koalitionsvertrag steht ein Vorbehalt!)

Schauen Sie mal die Zeitschriften des Bayerischen Beamtenbundes oder in ähnliche rein, was dort geschrieben wird. Ich verstehe schon, dass Sie jetzt Versuche unternehmen, mit so einem Schaufensterantrag wieder Ruhe in den Laden zu bringen. Ich fürchte nur, dass Sie ein bisschen mehr anbieten müssen als diesen Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich stelle außerdem fest, dass hier im Haus unter den demokratischen Fraktionen niemand etwas am Berufsbeamtentum ändern möchte.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir GRÜNE stehen jedenfalls uneingeschränkt zum Beamtentum in Bayern mit allem, was dazu gehört. Dazu zählt auch die Altersvorsorge, wie wir sie in Bayern momentan haben. Während meiner sieben Jahre hier im Bayerischen Landtag habe ich nie eine bayerische Initiative gesehen, die daran in Bayern etwas ändern wollte. Wir sind zuständig für unsere bayerischen Beamten und sonst niemand. Deswegen meine ich, dass es diesen Antrag nicht braucht.

Die Debatte, die darüber hinaus bundespolitisch geführt wird, ist für das bayerische Beamtentum nicht besonders hilfreich. Mein Vorredner hat recht, wenn er sagt, dass wir in einigen Berufen im Wettbewerb um Arbeitskräfte stehen. Ich nenne exemplarisch Finanzbeamte, den IT-Bereich, die technischen Bereiche und Ingenieure – sie alle brauchen wir. Die Diskussion, die jetzt hier geführt wird, schadet.

Gegenüber dem Kollegen der AfD merke ich an: Einen Pensionsfonds in Bayern gibt es schon. Wir haben lediglich die Zuzahlungen in den letzten Jahren schleifen lassen – das stimmt. Dahingehend wäre in den kommenden Jahren etwas mehr hilfreich. Seis drum. Wir haben ihn. Er wirft ganz gute Erträge ab. Es gibt ihn also bereits.

Wir sind der Meinung: Diesen Schaufensterantrag hätte es nicht gebraucht. Weil wir GRÜNEN aber ein klares Zeichen bzw. ein klares Signal und unmissverständliches Signal an unsere bayerischen Beamtinnen und Beamten senden wollen, stimmen wir dem Antrag dennoch zu. Ich erwähne das, damit keine Missverständnisse aufkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Felix Locke von den FREIEN WÄHLERN vor.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Pargent, am Ende haben Sie mich doch getriggert, indem Sie sich für meine Ohren wohlwollend dafür ausgesprochen haben, dass Sie keine Bürgerversicherung wollen, dass Sie nicht wollen, dass die Beamten in die Rentenversicherung einzahlen müssen. Dann erklären Sie mir aber bitte, warum die GRÜNEN in München in diesem Monat eine Infoveranstaltung durchgeführt haben, in der sie für die Bürgerversicherung geworben haben. Das passt irgendwie nicht zusammen.

Tim Pargent (GRÜNE): Wir sind grundsätzlich für eine Bürgerversicherung. Das ist nicht der Punkt. In Bayern sehen wir aber aktuell keinerlei Änderungsbedarf.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Also, was denn jetzt? – Michael Hofmann (CSU): Beides zugleich geht ja wohl nicht!)

Unsere Partei darf diese Frage diskutieren; aber für uns GRÜNE als Landtagsfraktion gibt es weiterhin keinerlei Änderungsbedarf an dem, wie wir das in Bayern für unsere bayerischen Beamtinnen und Beamten handhaben. Punkt!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Pargent. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion.

Christiane Feichtmeier (SPD): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zum Thema "Keine finanzpolitischen Experimente, keine verdeckten Gehaltskürzungen – ein klares NEIN zur Sozialversicherungspflicht für Beamte". Eine mögliche Sozialversicherungspflicht ist bereits seit Mai 2025 Thema.

Zunächst zur Sache: Ja, das Berufsbeamtentum ist eine tragende Säule unseres Staates. Beamtinnen und Beamte leisten jeden Tag unverzichtbare Arbeit – in den Schulen, in der Polizei, in der Justiz, in der Finanzverwaltung, im Strafvollzug und an vielen weiteren Stellen. Wer einen handlungsfähigen Staat will, braucht einen starken öffentlichen Dienst. Die Beamtenversorgung ist auch kein Privileg, sondern sie ist ein Teil der Alimentationspflicht des Dienstherrn und Ausdruck des besonderen Dienst- und Treueverhältnisses.

Beamtinnen und Beamte übernehmen besondere Pflichten. Deshalb hat der Staat ihnen gegenüber besondere Verpflichtungen. Eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung wäre aus Sicht der SPD kein einfacher finanzpolitischer Befreiungsschlag; sie wäre verfassungsrechtlich hoch anspruchsvoll; sie würde erhebliche Übergangsfragen auslösen und die strukturellen

Herausforderungen der gesetzlichen Rente nicht einfach lösen. Das zeigt auch der Bericht der Alterssicherungskommission deutlich.

Die Kommission empfiehlt – Sie können das auf der Seite 53 nachlesen – nicht den schnellen Griff in die Beamtenversorgung; sie sagt vielmehr: Reformen, die in der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen, sollen wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Der Bund und die Länder sollen ausreichende Rücklagen für künftige Pensionen schaffen. Sie stellt außerdem klar, dass eine Eingliederung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung an hohe verfassungsrechtliche Hürden gebunden ist. Vor allem aber wäre eine nachhaltige finanzielle Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung dadurch nicht möglich. Das ist ein wichtiger Punkt. Die seriöse Antwort auf künftige Versorgungslasten heißt nämlich "Vorsorge". Sie heißt "ehrliche Haushaltsplanung". Sie heißt "Verlässlichkeit gegenüber denen, die unserem Staat dienen".

Deshalb sagen wir als SPD klar: Wir stehen zu einem starken öffentlichen Dienst, einem attraktiven Berufsbeamtentum, zu einer verlässlichen Versorgung und zu einer fairen Besoldung. Wir sehen genau, dass ein Systemwechsel nicht nebenbei und nicht ohne erhebliche rechtliche und finanzielle Folgen machbar wäre.

Wir finden allerdings die Art und Weise schon etwas befremdlich, wie Sie in Ihrem Antrag und in Ihrer politischen Kommunikation die Bundesministerin Bärbel Bas angreifen. Man kann über Vorschläge diskutieren. Man kann in der Sache durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Das gehört zur Demokratie. Wer aber daraus ein Schreckgespenst macht, wer den Eindruck erweckt, morgen würden bayerischen Beamtinnen und Beamten die Pensionen gestrichen, der handelt nicht verantwortungsvoll, sondern schafft Verunsicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, wer mit großer Geste vor verdeckten Gehaltskürzungen warnt, der sollte vielleicht einmal vor der eigenen Türe kehren;

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau!)

denn hier in Bayern tragen Sie Regierungsverantwortung. Hier im Freistaat entscheidet die Staatsregierung darüber, wie sie mit ihren Beamtinnen und Beamten umgeht.Dazu gehört konkret die Frage, ob Tarifergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern übertragen werden

(Beifall bei der SPD)

oder Ihre Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich. Stellenmoratorium und Stelleneinzug möchte ich nur ganz kurz erwähnen.

Wer Respekt für den öffentlichen Dienst einfordert, muss diesen Respekt auch im eigenen Handeln zeigen, nicht nur in Anträgen, nicht nur in Überschriften, sondern bei der Besoldung, bei Arbeitsbedingungen, bei Stellen, bei Versorgung und bei Verlässlichkeit.

Deshalb unser klares Signal: In der Sache stimmen wir dem Antrag zu. Wir teilen die Einschätzung, dass eine Sozialversicherungspflicht für Beamtinnen und Beamte nicht der richtige Weg ist und dass das bestehende Versorgungssystem nicht leichtfertig infrage gestellt wird.

Aber wir sagen genauso klar: Die Zustimmung ist keine Zustimmung zu Ihrem Ton. Sie ist keine Zustimmung zu persönlichen Angriffen auf Bärbel Bas. Und sie ist erst recht kein Freibrief dafür, sich hier in Bayern selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Wir stimmen zu, weil wir zu unseren Beamtinnen und Beamten stehen. Wir stimmen zu, weil wir einen starken öffentlichen Dienst wollen. Und wir stimmen zu, weil Verlässlichkeit gegenüber Beschäftigten des Staates für uns kein taktisches Thema ist, sondern eine Frage des Respekts.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Feichtmeier. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alfred Grob, CSU-Fraktion.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe es ein wenig anders als meine Vorrednerin; denn ich sehe die jüngsten Vorstöße der SPD im Bund durchaus als ein starkes Stück.

(Volkmar Halbleib (SPD): Über ein Jahr her! Ihr habt das alles verschlafen!)

– Langsam. Die Bundesministerin Bärbel Bas und vor allem die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig haben vor Verkündigung der Ergebnisse Druck auf die Rentenkommission ausgeübt, und zwar öffentlich,

(Volkmar Halbleib (SPD): So ein Quatsch!)

dass künftig die Beamtinnen und Beamten in die Rente einbezogen werden sollen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Darum geht es.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt ja gar nicht!)

– Zuerst abwarten und dann gackern. Das wäre vielleicht das Richtige gewesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben doch schon eine Aussage getroffen!)

Die Kommission hat nun erkannt und benennt zum Glück, dass es da ganz erhebliche Probleme gibt. Frau Feichtmeier hat die Probleme ganz gut dargestellt. Die Kommission hat zwar ein Idealbild skizziert, wie die Alterssicherung für alle aussehen könnte, aber ausdrücklich Abstand genommen von der Empfehlung, die Beamtinnen und Beamten einzubeziehen. Das Gleiche gilt für die Gesundheitsversorgung. Auch hier würde die SPD am liebsten die Beamtinnen und Beamten einbeziehen. Aber das wird so nicht funktionieren. Auch das wurde erkannt.

Bayerns Beamtinnen und Beamte verdienen mehr als zweifelhafte Parolen hier vom linken Rand der Sozialdemokratie. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD)

Sie verdienen Anerkennung, Unterstützung und Verlässlichkeit. Unsere Beamtinnen und Beamten leisten jeden Tag einen tollen Dienst und herausragende Arbeit, und zwar für uns Menschen hier in Bayern. Deshalb gilt ihnen mein Dank.

Es ist vollkommen klar, das möchte ich ausdrücklich betonen: Wir stehen uneingeschränkt und nicht erst jetzt, sondern schon immer hinter dem Berufsbeamtentum. Wir wissen, und ich weiß es ganz besonders, weil ich 33 Jahre lang Kripobeamter war, was tagtäglich von unseren Beamtinnen und Beamten geleistet und auch tatsächlich gearbeitet wird. Noch mal mein ausdrücklicher Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Berufsbeamtentum bringt Privilegien mit sich, die wie jetzt in wirtschaftlich angespannten Zeiten leichtfertig als aus der Zeit gefallen oder als überholt angesehen werden könnten. Aber das Berufsbeamtentum ist vor allem eines: der Garant für einen funktionierenden Staat; es ist das Fundament für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie.

Es bringt auch Pflichten und Einschränkungen mit sich. Das wissen wir. Beamtinnen und Beamte können nicht streiken. Sie sind nicht Tarifpartner und können über die Höhe ihrer Bezüge eben nicht verhandeln. Darüber hinaus haben sie eine besondere Treuepflicht gegenüber Grundgesetz, dem Dienstherrn und unserer Gesellschaft.

Wer eben dieses Grundgesetz und unsere Gesellschaft schützt, Leib und Leben riskiert für unsere Sicherheit und den Staat am Laufen hält, der verdient Verlässlichkeit und muss auch in Zukunft auf die Absicherung durch den Dienstherrn vertrauen können.

Deswegen fordern wir die Staatsregierung auf, sich weiter und auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das bewährte System der Altersversorgung und der Gesundheitsvorsorge für unsere Beamtinnen und Beamten bestehen bleibt. Das Versprechen einer amtsangemessenen Alimentation endet nämlich nicht mit dem Pensionseintritt, sondern es gilt für alle Beamtinnen und Beamten lebenslänglich. Das bedeutet auch, dass die Pension mehr ist als eine bloße Basisabsicherung, grundrechtlich verbürgt.

Eine Rentenversicherungspflicht für Beamtinnen und Beamte löst aber auch – das ist ausdrücklich zu betonen – die strukturellen Probleme der gesetzlichen Rente nicht. Das hat auch die Rentenkommission erkannt. Wenn überhaupt, dann gibt es nur eine kurzfristige Entlastung für die Rentenkassen. Aber wer heute einzahlt, der hat später natürlich Anspruch auf die Leistungen. Die will er natürlich haben. Die öffentlichen Haushalte würden hier zusätzlich durch Rentenversicherungsbeiträge extrem belastet. Das muss man wissen. Auch dieses Problem benennt mittlerweile auch die Rentenkommission.

Die Dienstherren, gerade die Länder und die Kommunen – wir sind alle Kommunalbeamte – wären die Leidtragenden dieser verfehlten Politik, während der Bund zumindest eine kurzfristige Entlastung bei den Rentenkassen vielleicht für sich verbuchen könnte.

Aufgrund der Vorgaben zur Alimentation müsste der Dienstherr neben den Arbeitgeberanteilen auch die Arbeitnehmeranteile begleichen. Das wird richtig teuer. Das ist fiskalisch sinnlos und auch faktisch nicht zielführend. Das muss man wissen.

Nicht viel besser ist es bei Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung; denn auch hier gilt: Wer einzahlt, will später wieder etwas dafür haben, die Leistungen nämlich. Außerdem ist fraglich, ob man die Leistungen, die die gesetzliche Krankenversicherung nicht abdeckt, weiterhin über die Beihilfe abdecken müsste. Auch das kostet wiederum Geld und ist verfassungsrechtlich verbürgt.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe jetzt geschaut, ob unsere Gesundheitsministerin noch da ist. – Ganz zu schweigen von dem Fakt, der entstehen würde, wenn ein Großteil der Privatversicherten aus der Gesundheitsversorgung herausgehen würde. Dann hätten wir nämlich da wieder ein großes Loch. Das ist alles nicht durchdacht.

(Zuruf von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss eines noch sagen: Wer heute an den Pensionen und der Grundversorgung unserer Beamtinnen und Beamten sägt, der hat morgen kein Gerüst mehr, das unseren Staat trägt. Darauf sollten wir achten. Gerade für unsere jungen Beamten und für die Anwärter ist das Versprechen einer lebenslangen Versorgung elementar. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes hängt neben der Jobsicherheit und einer sinnhaften, klugen Tätigkeit auch von der verlässlichen Absicherung durch den Dienstherrn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Der Dringlichkeitsantrag schützt das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten und stärkt das Vertrauen in den Staat und in diejenigen, die dafür dienen und sich dafür einsetzen.

Vielleicht ein Satz noch zum Schluss, weil doch immer wieder das Hinausschieben des Tarifabschlusses genannt wurde. Da vergleicht man Dimensionen, die nicht zueinanderpassen. Ich habe mir gerade ein Bild einfallen lassen: Wir haben ein Haus gebaut, und zum Schluss wird das Haus abgenommen und wir gehen mit dem Architekten durch das Haus. Dann wackelt eine Sockelfliese beim Reingehen irgendwo, und das beschimpfen und beklagen wir. Das ist die Tarifverschiebung im Verhältnis.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Dabei bemerken wir nicht, dass die Grundfesten, nämlich die beiden Tragmauern in der Mitte, nicht stabil sind. Genau das ist es, was Sie machen. Das ist unlauter. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen, meine Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Volkmar Halbleib, SPD-Fraktion, vor.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege, es ist schon bemerkenswert, denn die Kollegin Bundesministerin Bas hat die Ergebnisse der Rentenkommission uneingeschränkt anerkannt und damit auch den Ausschluss, sozusagen, des Gedankens, Beamtinnen und Beamte in die Rentenversicherung einzubeziehen. Kurz danach, nach dieser Klarstellung von der Bundesministerin, stellen Sie hier so einen Antrag. Das kann nur bedeuten: Sie haben es entweder nicht wahrgenommen

(Michael Hofmann (CSU): Man muss es klarstellen!)

oder Sie haben ein Problem, weil Sie das, was Sie im Freistaat Bayern selber zu verantworten haben, nämlich den Respekt vor den Beamtinnen und Beamten, dadurch infrage stellen, dass Sie das Tarifergebnis eben nicht übernehmen, dass Sie verschiedene Maßnahmen im Beamtenbereich selber treffen.

(Michael Hofmann (CSU): Eine Verwirrung ist entstanden, Kollege! Die lösen wir auf!)

Ihr Versuch hier ist ein Ablenkungsmanöver. Wir sind inhaltlich bei Ihnen. Aber die Art und Weise spricht doch Bände. Sie wollen einfach ablenken von dem, was die Beamtinnen und Beamten konkret von Ihnen wahrnehmen,

(Michael Hofmann (CSU): Die Verwirrung kam doch von der Bundesministerin!)

nämlich sechs Monate Aussetzung der Übertragung des Tarifergebnisses. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Alfred Grob (CSU): Herr Halbleib, es ehrt Sie, dass Sie für Ihre Bundesministerin einstehen. Ich versuche, es zu verstehen, das ist okay; aber man muss die Reihenfolge sehen.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Die Ministerin hat nämlich, bevor das Kommissionsergebnis da war, mehrfach und deutlich gesagt: Ich möchte die alle in dieser großen Versicherung drin haben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Warum? – Weil das große Versicherungsergebnis nur dann funktioniert, wenn alle dazuhelfen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

Das war das, was wir als Verunsicherungstaktik bemängeln, nicht, dass es dann so gekommen ist, wie wir es wollten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist vom Tisch!)

Genau das, was ich gesagt habe, hat im Wesentlichen auch – bis auf einige Folgen, die wir noch bearbeiten müssen – die Empfehlung der Rentenkommission enthalten.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber das, was vorher Frau Schwesig und Frau Bärbel Bas gesagt haben, ging in eine völlig andere Richtung. Da hat man aus meiner Sicht Stimmung gemacht, um Einfluss auf die Kommission zu nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Macht eure Hausaufgaben, dann brauchen wir darüber gar nicht zu reden!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grob. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die nette Diskussion zum Thema öffentlicher Dienst, die hier stattfindet. Es hat jedenfalls für viel Klarheit gesorgt zu erfahren – was man bis zum heutigen Tage alles noch gar nicht wusste –, dass GRÜNE und SPD plötzlich nicht mehr für eine Bürgerversicherung sind und dass GRÜNE und SPD hier plötzlich Findungsversuche machen, doch in Bayern zuzustimmen, obwohl sie im Bund andere Meinungen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben immer eine klare Position dazu gehabt!)

Die Frau Bas hat gesagt, – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Reden Sie keinen Unsinn!)

– Herr Halbleib, das müssen Sie sich schon anhören. Unsinn ist das nämlich nicht; denn – was die Frau Bas jetzt momentan sagt, weiß ich nicht, das mäandert ab und zu – die Frau Schwesig hat heute zum Beispiel gesagt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Frau Schwesig?)

dass sie eindeutig dafür ist, dass die Beamten in die Rentenversicherung einbezogen werden. Die ist auch in Ihrer Partei, habe ich gehört.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aha!)

Ich würde deswegen für eines plädieren – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben in Bayern!)

– Ich sage Ihnen schon etwas zu Bayern. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben. Wissen Sie, warum? – Weil ich die Dinge da immer ganz ehrlich darstelle, wie sie sind, und nicht dort so und hier so rede. Ich habe sogar beim Bayerischen Beamtenbund vor 600 Beamtinnen und Beamten erklärt, weshalb wir die Tarifverschiebung gemacht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Da hat keiner gepfiffen, Herr Halbleib. Wir sollten in dem Land tatsächlich auch wieder reformfähig sein, und wir sollten neben dem, was wir grundsätzlich tun, auch beim Haushalt immer wieder berücksichtigen, was wir tun müssen, damit es vorangeht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Deswegen – egal was Sie heute sagen – glauben Ihnen die bayerischen Beamten schlicht nicht, dass Sie gegen eine Bürgerversicherung sind. Das gilt für die SPD und die GRÜNEN. Die glauben Ihnen auch nicht, dass Sie dagegen sind, dass sie in die Rentenversicherung einbezahlen müssen. Die glauben nämlich das, was die Frau Bas wirklich machen wollte, wenn sie dafür eine Mehrheit hätte. Dass das nicht geschieht, verhindern ausschließlich wir auf Bundesebene. Die SPD wäre dafür, dass Beamtinnen und Beamte in die Rentenversicherung einzahlen müssen und dass es eine Bürgerversicherung gibt. Das ist Fakt und das ist die Wahrheit. Das wissen auch die bayerischen Beamten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass nicht alles immer so vergleichbar ist, wie man es immer gerne vergleichen würde. Man möchte immer monokausale Erklärungen für alles haben. Zur Tarifverschiebung habe ich Ihnen erklärt, dass es in anderen Bundesländern andere Regelungen gibt, die vielleicht unangenehmer sind. Herr Halbleib, in Bayern arbeitet ein Beamter wie lange?

(Christiane Feichtmeier (SPD): 40 Stunden!)

– 40 Stunden. Wissen Sie, wie lange ein Beamter in Baden-Württemberg arbeitet? Wissen Sie, wie lange ein Beamter in Nordrhein-Westfalen, in Hessen, beim Bund arbeitet? Wissen Sie, wie lange zukünftig ein Beamter in Hamburg arbeiten wird?

(Zuruf der Abgeordneten Christiane Feichtmeier (SPD))

– 41 Stunden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

So, und deshalb müssen wir einfach ehrlich miteinander sein.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Das haben wir in Bayern gehabt, Herr Halbleib. Ich rede im Moment von den Fakten. Vergleichen Sie halt nicht immer Äpfel mit Birnen, und regen Sie sich nicht so auf.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

So, wir haben in Bayern 40 Stunden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben es eingeführt!)

und anderswo, wo Sie regieren, gibt es 41. Das ist Fakt, das haben wir im Moment, und deswegen würde ich nicht immer alles miteinander vergleichen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, eben!)

Wir haben in Bayern auch weiterhin Besoldung auf Spitzenniveau für unsere Beamtinnen und Beamten. Daran hat auch das halbe Jahr nichts geändert; denn das halbe Jahr ändert an der Struktur gar nichts. Strukturverändernde Maßnahmen haben wir nämlich in Bayern stets abgelehnt. Strukturverändernde Maßnahmen sind das, was Sie auf Bundesebene wollen: eine Bürgerversicherung, eine Einheitsrente – das verändert die Strukturen auf Dauer. Aber zweimal hintereinander ein halbes Jahr später

die Gehaltserhöhung zu bekommen, ist keine strukturverändernde Maßnahme und schon gleich keine Nullrunde.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Warum haben wir das gemacht? – Das wissen die Beamtinnen und Beamten auch: Wir haben das gemacht, weil wir einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden vorgelegt haben. Dieser Doppelhaushalt hat Milliarden von Euro an Einsparungen benötigt, damit wir das in vielen Bereichen hinbringen konnten. Mit 40 % ist unser öffentlicher Dienst der größte Kostenblock. Deshalb haben wir das halbe Jahr Verschiebung beschlossen, und das für zweimal. Das ist eine ehrliche Ansage im Hinblick darauf, was auch in Zukunft gemacht wird; denn die sicherste Sicherung von Pensionen für Beamtinnen und Beamte in Zukunft ist, dass wir saubere Haushalte führen. Das ist die ganz entscheidende Botschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb haben wir darum gebeten, das zu akzeptieren, und das ist wie überall: Natürlich kann man sich dann auf solche Punkte stürzen; aber den Gesamtkonnex zu sehen, gehört auch dazu, wenn man intellektuell redlich miteinander diskutiert. Der Pensionsfonds ist immer befüttert worden mit 110 Millionen Euro. Da ist nichts ausgesetzt worden oder sonst irgendetwas. Was wir in 2027 machen wird, wird noch entschieden. Jedenfalls ist auch hier in Bayern ein Pensionsfonds aufgebaut, der nicht die Pension ersetzen und die Pension zahlen kann, aber die Belastungsspitzen, die auf uns zukommen – erkennbar aufgrund der Demografie –, doch abzufedern hilft. Ich glaube, das ist ganz entscheidend.

Ich habe auch immer wieder darauf hingewiesen, dass wir als Beamtinnen und Beamte, als öffentlicher Dienst im Allgemeinen uns auch daran beteiligen, dass die Rentenversicherung und die Rentenzahlungen funktionieren.

Sie sehen, dass die Renten in Deutschland eigentlich aus drei Bereichen bezahlt werden: aus dem Arbeitgeberanteil, aus dem Arbeitnehmeranteil und zu etwa einem

Drittel aus den Steueraufkommen. Beim Steueraufkommen zahlen auch viele Beamtinnen und Beamte, auch viele Selbstständige mit. Steuergelder, die Rentenkassen füllen, damit die Renten bezahlt werden können, werden also auch von Beamtinnen und Beamten bezahlt. Deswegen ist es schlicht nicht richtig, dass unsere Beamtinnen und Beamten zur Rente nichts beitragen. Das ist einfach objektiv falsch, und auch das müssen wir auf der einen Seite berücksichtigen. Auch das ist ein Grund dafür zu sagen: Jawohl, Beamtinnen und Beamte werden schon an den Kosten beteiligt.

Auf der anderen Seite entstehen, wenn man jetzt Beamtinnen und Beamte einbeziehen würde, zwar Zahler, aber es entstehen auch eine ganze Menge neue Empfänger von Renten, und zwar in der Regel Empfänger von guten Renten, weil im Beamtenbereich in überwiegender Zahl, was die Ausbildung anbelangt, Studienabschlüsse vorliegen und sich die Hochschulabschlüsse insofern dann beruflich im Verdienst niederschlagen und auch bei der Rente auswirken.

All das zusammen zeigt, dass der Antrag richtig ist. Wir brauchen die gemeinsame Streitbarkeit in Berlin hier nicht unter Beweis zu stellen, indem wir den Antrag stellen; aber es ist auch nicht schlecht, wenn wir das tun; denn die Angriffe auf den öffentlichen Dienst, gerade in den letzten Wochen und Monaten, waren schon vielfältig und kamen immer wieder. Es ist halt wie immer: Wenn die Wirtschaft prosperiert, dann gibt es viele Leute, die sagen: Ach, geh doch nicht zum Staat, da verdient man viel weniger als in der freien Wirtschaft. – Das ist dann die Zeit, in der man am Stammtisch hört: Was? Du bist Beamter? Ja, willst du nichts verdienen? – Immer dann, wenn es wirtschaftlich schwierig ist, wie in diesen Zeiten, dann werden alle laut, die finden, es wäre doch toll gewesen, wenn ich auch Beamter geworden wäre. So ist es halt manchmal. Das sind Wellenbewegungen, die es immer wieder gab. Deshalb müssen wir fair und ehrlich bleiben.

Wir haben als Staatsregierung, als regierungstragende Fraktionen jedenfalls in Bayern einen klaren Kurs im Hinblick auf den öffentlichen Dienst, auch im Hinblick auf unsere Beamten. Wir verfahren nicht hier so und dort anders, und wenn einmal ein

Antrag kommt, stimmen wir wieder anders, und dann erklären wir wieder, dass vor dreißig Jahren Edmund Stoiber irgendetwas beschlossen hat. Nein, klarer Kurs: Die Beamtinnen und Beamten können sich auf uns verlassen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Regierungspolitik in Bayern!)

Wir sind für das Berufsbeamtentum, und das werden wir auch in Zukunft sein; aber wir werden immer auch die Dinge, die notwendig sind, miteinander besprechen: haushälterisch, alimentationsmäßig. Auch da haben wir unglaublich viel gemacht.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Wir haben auch im Lehrerbereich viel gemacht, Stichwort A 13 für alle und, und, und. Es kann uns garantiert niemand sagen, dass wir mit unserem öffentlichen Dienst nicht gut umgehen würden. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen gilt das auch – ich sage das noch einmal – ausdrücklich für die Einheitsversicherung und für die Bürgerversicherung, Stichwort Beihilfen. Auch hier stehen wir als Bayerische Staatsregierung, als Regierungsfraktionen klar dahinter – im Gegensatz zu GRÜNEN und SPD, die das in vielen Bundesländern und beim Bund ohnehin ganz anders sehen. Liebe Damen und Herren im öffentlichen Dienst, glauben Sie denen, die ehrlich Politik betreiben, und nicht denjenigen, die schnell mal einen Antrag beschließen, weil sie Ihnen gefallen wollen. – Alles Gute und danke für den Antrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/12545 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das

Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! – Die AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.